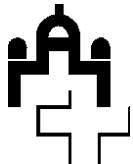


Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegli nazional



20.2008 **Petition Schmid Jacqueline. Schutz für Kinder auf der Flucht**

Bericht der Staatspolitischen Kommission vom 3. September 2021

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2021 die von Schmid Jacqueline am 29. Mai 2020 eingereichte Petition vorberaten.

Durch die Petition werden Bundesrat und Parlament aufgefordert, die Aufnahme von 200 unbegleiteten Kinderflüchtlingen aus Griechenland zu ermöglichen und in der Schweiz für eine kindsgerechte Unterbringung, Betreuung und Vertretung sowie ein faires Asylverfahren zu sorgen.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 12 zu 11 Stimmen, der Petition keine Folge zu geben, weil sie das Anliegen als erfüllt betrachtet.

Eine Minderheit (Kälin, Barrile, Glättli, Gredig, Gysin Greta, Marra, Masshardt, Moser, Pult, Streiff) beantragt, die Petition an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine Motion auszuarbeiten.

Berichterstattung: Cottier

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Andreas Glarner

Inhalt des Berichtes

- 1 Inhalt der Petition
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Inhalt der Petition

Durch die Petition werden Bundesrat und Parlament aufgefordert, die Einreise von 200 unbegleiteten Kinderflüchtlingen aus Griechenland in die Schweiz zu ermöglichen. Der Bundesrat soll die Auswahl der unbegleiteten Kinderflüchtlingen nach Kriterien der Vulnerabilität treffen und darlegen, wie die Einreise in die Schweiz zu gestalten ist. In der Schweiz soll er für eine kindsgerechte Unterbringung, Betreuung und Vertretung sowie ein faires Asylverfahren sorgen.

2 Erwägungen der Kommission

Auf Anfrage der Kommission hat das zuständige Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zu den Forderungen der Petition wie folgt Stellung genommen:

Das EJPD teilt die Besorgnis der Unterzeichnenden der Petition betreffend die Lage in Griechenland, insbesondere was die Situation von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) betrifft. Wie bereits in der Antwort des Staatssekretariats für Migration an die Petitionäre vom 19. Mai 2020 erläutert, unterstützt der Bundesrat die griechischen Behörden in verschiedenen Bereichen bei der Aufnahme und Betreuung vulnerabler Migrantinnen und Migranten.

Das EJPD nimmt unbegleitete minderjährige Asylsuchende aus Griechenland mit familiären Bindungen in die Schweiz auf der Grundlage von Art. 17 Abs. 2 der Dublin-III-Verordnung auf. Viele der UMA, die sich in Griechenland aufhalten, haben familiäre Bindungen in andere Staaten in Europa, und wir sind davon überzeugt, dass die Familienzusammenführung für diese Kinder unter dem Gesichtspunkt des Kindwohls die beste Lösung ist. Bislang wurden in diesem Zusammenhang 53 Kinder und Jugendliche in der Schweiz aufgenommen. Weitere Fälle werden derzeit geprüft, und wir werden diese Praxis fortsetzen.

Nach dem Brand auf Lesbos in der Nacht vom 8. auf den 9. September 2020 war die Situation für die mehr als 400 UMA besonders prekär. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat die Evakuierung und Aufnahme dieser Minderjährigen in Zusammenarbeit mit der griechischen Regierung koordiniert. Auch die Schweiz beteiligt sich an diesen Bemühungen und hat beschlossen, in diesem Zusammenhang rund 20 Kinder und Jugendliche aufzunehmen – unabhängig davon, ob eine familiäre Bindung in der Schweiz besteht. Sollte ausserdem ein zusätzliches europaweites Umverteilungsprogramm als langfristige Unterstützung für Griechenland zustande kommen, ist die Schweiz bereit, eine Teilnahme daran zu prüfen.

Die Schweiz engagiert sich zudem seit mehreren Jahren für die Stärkung der Strukturen im Migrationsbereich in Griechenland. In diesem Zusammenhang haben wir zahlreiche Projekte unterstützt, die eine bessere Betreuung von UMA, die rechtliche Unterstützung von vulnerablen Migrantinnen und Migranten im griechischen Asylverfahren und die Förderung von Bildungsaktivitäten für Migrantenkinder vorsehen.

Als Reaktion auf das Feuer, das die Einrichtung in Moria verwüstete, leistete der Bundesrat sofortige Unterstützung an Griechenland; diese wurde durch eine enge Koordination zwischen den zuständigen Ämtern der Bundesverwaltung ermöglicht. Die Humanitäre Hilfe der Schweiz leistete umgehend Nothilfe, insbesondere im Bereich der Wasserversorgung des provisorischen Camps und der Unterbringung. Ebenfalls als Reaktion auf den Brand auf Lesbos hat die Europäische Kommission beschlossen, eine Task Force für Griechenland einzusetzen, die gemeinsam mit den griechischen Behörden nachhaltige Aufnahmestrukturen nach europäischen Standards auf Lesbos errichten soll. Die Schweiz begrüßt diese Initiative und ist bereit, diese Bemühungen zu unterstützen.

Das EJPD ist der Meinung, dass die Migrationssituation in Griechenland ein koordiniertes Vorgehen erfordert. Der Schwerpunkt muss weiterhin auf einer langfristigen Lösung an den Schengen-



Aussengrenzen und einer nachhaltigen Reform des Dublin-Systems liegen. Das von der Europäischen Kommission am 23. September 2020 veröffentlichte neue Migrations- und Asylpaket dürfte den Diskussionen eine neue positive Dynamik verleihen. Die Schweiz wird sich aktiv an diesen Gesprächen auf europäischer Ebene beteiligen.

Die Kommission teilt die Einschätzung des EJPD und begrüßt die Aufnahmen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden aus Griechenland mit familiären Bindungen. Sie unterstützt das Vorgehen des Bundesrates, das in Koordination mit Griechenland und den Staaten des Schengen-/ Dublin-Raums verfolgt wird. Zudem hat die Kommission bereits eine Motion (20.3143) im Sinne dieser Petition eingereicht, die inzwischen dem Bundesrat überwiesen wurde. Aus diesen Gründen lehnt die Kommission diese Petition ab.

Eine Kommissionsminderheit beantragt ihrem Rat, die SPK mit der Ausarbeitung einer Kommissionsmotion zu beauftragen, welche die Anliegen der Petition in der Form eines Auftrags an den Bundesrat aufnimmt. Sie erachtet eine zusätzliche humanitäre Geste der Schweiz als notwendig. So soll zusätzlich auch anderen, besonders vulnerablen unbegleiteten Kindern und Jugendlichen aus Griechenland Schutz gewährt werden.